

## Für eine Politikwende in Deutschland und Hamburg

### Leitantrag des Landesvorstands der Hamburger Freien Demokraten für den 122. Landesparteitag am 7. Dezember 2024

Beschluss des Landesvorstands vom 16.11.2024

#### 1 I. Zur Lage

2 Die wirtschaftliche Lage ist besorgniserregend. Deutschlands ökonomische Stärke ist  
3 die Grundlage für Wohlstand, sozialen Zusammenhalt, die Bekämpfung des Klima-  
4 wandels und die Sicherung von Aufstiegschancen. Und sie ist entscheidend für un-  
5 sere geopolitische Stärke, die wir heute mehr denn je in Deutschland und Hamburg  
6 benötigen.

7 Wir Freie Demokraten haben Vorschläge für eine Wirtschaftswende vorgelegt, um  
8 unser Land wieder auf Erfolgskurs zu bringen: weniger Bürokratie, geringere Steu-  
9 erlast, eine pragmatische Klima- und Energiepolitik, mehr Kontrolle bei der Migra-  
10 tion, zugleich Stärkung von Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Innovati-  
11 onsfreude. Diese Reformagenda wurde von den ehemaligen Koalitionspartnern SPD  
12 und Grünen nicht einmal als Beratungsgrundlage akzeptiert. Die vereinbarten 49  
13 Maßnahmen zur Belebung des Wirtschaftswachstums wurden in den rotgrün geführ-  
14 ten Ministerien und im Bundeskanzleramt verschleppt.

15 Bundeskanzler Scholz und die rotgrünen Parteien verweigern den Blick auf die Rea-  
16 lität und sind zu echten Reformen weder bereit noch fähig. Die zweifelsfrei bestehen-  
17 den ökonomischen und sozialen Probleme wollen sie durch eine verfassungswidrige  
18 Ausweitung der Verschuldung zuschütten und mit den Folgen die zukünftigen Gene-  
19 rationen belasten. Vor der Wahl Verfassungsbruch oder Koalitionsende entscheiden  
20 wir Freie Demokraten uns für unsere Verfassung. Es ging dem Bundeskanzler nicht  
21 um eine politische Einigung, sondern um den kalkulierten Koalitionsbruch. Damit  
22 führt er unser Land vor dem Hintergrund einer angespannten Weltlage in eine Phase  
23 der Unsicherheit.

24 Hamburg ist eine der schönsten Städte der Welt. Aber Schönheit allein reicht nicht.  
25 Es braucht mehr Mut, um den Herausforderungen der Zukunft standhalten zu kön-  
26 nen: mehr Zuversicht, mehr Anstrengung, mehr Pragmatismus, mehr Sachverstand  
27 und mehr Leidenschaft.

28 Wir Freie Demokraten glauben an Hamburg und wollen unsere Stadt von allen Fes-  
29 seln befreien:

- 30 • von Bürokratie und Vorschriften, die unsere Betriebe und Unternehmen daran hin-  
31 dern, Wohlstand zu erwirtschaften,
- 32 • von einer Wohnungsbaupolitik, die verhindert, dass neuer Wohnraum rechtzeitig  
33 entsteht und so die Mieten hochtreibt,
- 34 • von schlecht koordinierten Verkehrsplanungen, die Anwohner belasten und Ein-  
35 zelhändler und Handwerker in ihrer Existenz bedrohen,
- 36 • von Dauerstaus, die alle nerven und Hamburg als Hafenstadt und wichtiger Dreh-  
37 scheibe des internationalen Handels schaden.

38 Wie die Bundespartei stehen wir in Hamburg für eine Politik, die Herausforderungen  
39 angeht und Lösungen ermöglicht. Mit einer alltagstauglichen Politik wollen wir un-  
40 sere Stadt attraktiver machen. Als modernen Wirtschaftsstandort und als Hafen- und  
41 Handelsstadt wollen wir Hamburg dazu befähigen, Wachstum zu ermöglichen und  
42 Wohlstand zu erhalten. Wir wollen unserer Stadt durch kluge Weichenstellungen  
43 einen wirtschaftlichen Standortvorteil im Wettbewerb der internationalen Metropo-  
44 len verschaffen.

## 45 **II. Bundespolitische Agenda**

46 Auf Bundesebene kämpfen wir Freie Demokraten für eine echte Wirtschaftswende  
47 mit einem Konzept für Wachstum und Generationengerechtigkeit. Es enthält vier  
48 Schwerpunkte:

### 49 **Neue Dynamik entfesseln**

- 50 • **Steuern senken:** Die Körperschaftsteuer wird in einem ersten Schritt noch im Jahr  
51 2025 signifikant um zwei Prozentpunkte reduziert. Weitere Schritte sollen folgen,  
52 um die steuerliche Gesamtbelastung von Unternehmen mittelfristig auf maximal  
53 25% zu senken. Der Solidaritätszuschlag wird in einem ersten Schritt noch im Jahr  
54 2025 um 2,5 Prozentpunkte auf 3 Prozent abgesenkt. In einem zweiten Schritt  
55 sollte er im Jahr 2027 dann vollständig entfallen.
- 56 • **Bürokratieabbau:** Streichung des Tarifreuegesetzes, des Lieferkettengesetzes,  
57 des Entgelttransparenzgesetzes, des Beschäftigtendatengesetzes und der arbeit-  
58 geberfinanzierten Familienstartzeit. In der EU bewirkt Deutschland die Abschaf-  
59 fung der zusätzlichen Berichts- und Nachweispflichten aus dem „Green Deal“ und  
60 setzt sich für eine EU-Initiative ein, die zur Entfesselung der Marktkräfte und des  
61 fairen Wettbewerbs führt.

- 62 • Stärkung der Spitzenforschung durch flexible Finanzierungsinstrumente, ein tech-  
63 nologieoffenes Forschungsfreiheitsgesetz und eine signifikante Erhöhung der För-  
64 derung.

### 65 **Europäische Klimapolitik statt deutscher Sonderweg**

- 66 • Wir ersetzen die nationalen durch die europäischen Klimaziele. Deutschland wirkt  
67 auf europäischer Ebene auf die Abschaffung der Regulierungen zur Energieeffizi-  
68 enz, Gebäudeenergieeffizienz und der Flottengrenzwerte hin. Der Emissionshan-  
69 del wird alleiniges Leitinstrument.
- 70 • Klimapolitisch motivierte Dauersubventionen werden abgeschafft, der Klima- und  
71 Transformationsfonds (KTF) aufgelöst. Die Subvention der erneuerbaren Energien  
72 wird abgeschafft.

### 73 **Mobilisierung des Arbeitsmarkts und der Sozialsysteme**

- 74 • Monetäre Fehlanreize bei Arbeitsaufnahme und -ausweitung werden abgebaut.  
75 Die Bürgergeld-Regelsätze liegen über dem Bedarf und sind durch die Abschaf-  
76 fung der „Besitzstandsregelung“ abzusenken.
- 77 • Für subsidiär Schutzberechtigte wird ein gesonderter Rechtskreis mit einem abge-  
78 senkten Leistungsniveau ähnlich dem Asylbewerberleistungsgesetz geschaffen –  
79 unter Beibehaltung des Arbeitsmarktzugangs.
- 80 • Flexiblere Arbeitszeiten durch Systemwechsel von der täglichen auf eine wöchent-  
81 liche Höchstarbeitszeit führen zu mehr Beschäftigung und Wachstum.
- 82 • Arbeiten im Alter attraktiver machen: Die Abschläge bei früherem und Zuschläge  
83 bei späterem Renteneintritt werden für einen flexiblen Renteneintritt angepasst.

### 84 **Zukunftshaushalt als Bestandteil der Wirtschaftswende**

- 85 • Konsolidierung des Haushalts ohne Steuererhöhungen: Wir priorisieren Ausga-  
86 ben, die zu den Kernkompetenzen des Staates gehören. Diese Priorisierung geht  
87 nicht zu Lasten der Investitionen in die Modernisierung der Infrastruktur.
- 88 • Die Kostendynamik bei den Sozialausgaben wird gebremst.
- 89 • Ineffiziente Subventionen werden reduziert: Die 10 Mrd. Euro für Intel sind zu  
90 streichen und können für Zukunftsinvestitionen und zur Konsolidierung des Haus-  
91 halts zur Verfügung stehen.

## 92 **III. Agenda für Hamburg**

93 Unser **Leitbild für Hamburg** ist eine weltoffene, lebenswerte, sichere und mobile  
94 Stadt der Zukunft. Die aktuelle wirtschaftliche Situation Hamburgs erinnert hingegen  
95 an die Lage des Wirtschaftsstandorts Deutschland insgesamt. Seit einigen Jahren  
96 fällt Hamburg zurück, denn der mittelständisch geprägte, kaufmännische hanseati-  
97 sche Geist wird zunehmend von Bedenken und Bürokratie gebremst. Der Mut zur  
98 Veränderung und zu Investitionen in zukünftigen Wohlstand sind dem rot-grünen Se-  
99 nat abhandengekommen.

100 In Hamburg wollen die Menschen endlich loslegen, ihre Ideen umsetzen und sich  
101 verwirklichen.

102 Unsere Agenda für Hamburg beinhaltet:

- 103 • **eine Wirtschaftswende für Hamburg** mit Bürokratieabbau, Förderung des Mittel-  
104 stands und Entlastung der Unternehmen. Die Unterstützung von Start-ups und in-  
105 novativen Unternehmen sowie die Modernisierung des Hafens und mehr Wettbe-  
106 werb sollen Hamburg als attraktive Wirtschaftsmetropole der Zukunft positionie-  
107 ren. Im Hamburger Hafen wollen wir alle wesentlichen Reedereien an den Termi-  
108 nals und an der Modernisierung beteiligen, um den durch die MSC-Bevorzugung  
109 von Rot-Grün verursachten Schaden wettzumachen.
- 110 • **die Schaffung bezahlbaren Wohnraums** mit innovativen Konzepten verbinden.  
111 Dazu zählen ein Schulterschluss mit den angrenzenden Bundesländern in Form  
112 einer „Bau Hanse“, die vorübergehende Aussetzung der Grunderwerbsteuer, Er-  
113 leichterungen für seriellen Wohnungsbau und Aufstockungen sowie die Einfüh-  
114 rung eines Gebäudetyps E. Wir wollen in unserer Stadt lebenswerte Räume schaf-  
115 fen, die sowohl Erholung als auch soziale Interaktion ermöglichen und die natür-  
116 lichen Lebensgrundlagen schützen.
- 117 • **die Entwicklung eines modernen und umweltfreundlichen Verkehrssystems**, das  
118 den öffentlichen Nahverkehr stärkt und individuelle Mobilität ermöglicht. Die  
119 Wahl der Verkehrsmittel überlassen wir den Bürgern.
- 120 • **ein umfassendes modernes Bildungsangebot**, das Chancengleichheit und indivi-  
121 duelle Förderung gewährleistet. Wir wollen den Unterrichtsbeginn um 9.00 Uhr  
122 mit Betreuung der Schüler ab acht Uhr in den Schulen ermöglichen.
- 123 • **öffentliches und privates Engagement für eine lebenswerte Stadt**. Wir stellen uns  
124 aktiv den Herausforderungen des **Umwelt-, Natur- und Artenschutzes**. Erforder-  
125 liche Anpassungen an den Klimawandel und Klimaschutz denken wir dabei stets  
126 mit.
- 127 • **ein sicheres Wohnumfeld, das für das Wohlbefinden der Bürger** entscheidend  
128 ist. Präventive Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung, Stärkung der Justiz und  
129 Förderung sozialer Stabilität sind notwendig.
- 130 • **die Förderung von Zuwanderern, die Gewinnung von Fachkräften und die Be-**  
131 **grenzung illegaler Migration**. Dazu gehören eine schnellere Anerkennung aus-  
132 ländischer Qualifikationen, die Abschaffung von Arbeitsverboten für Migranten,  
133 sowie die Verpflichtung zur Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen und die  
134 Hinzuziehung zur Leistung kommunaler Arbeit im Rahmen des Asylbewerberleis-  
135 tungsgesetz. Die Begrenzung der Zuwanderung soll durch eine Reform des ge-  
136 meinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) und schnellere Verfahren an den  
137 Außengrenzen erfolgen.
- 138 • **die Integration digitaler Technologien** in Bildungseinrichtungen und Verwaltun-  
139 gen sowie bei verlässlichen Bürgerbeteiligungen. Wir wollen die Bürger auf die

140 Anforderungen der digitalen Welt vorbereiten, öffentliche Dienstleistungen schnell-  
141 ler und vor allem digital bereitstellen und Entscheidungsprozesse transparenter  
142 gestalten.

- 143 • **eine Finanz- und Steuerpolitik, die rechnen kann.** Wir setzen Prioritäten im Haus-  
144 halt, verteidigen die Schuldenbremse und kämpfen für eine langfristige Entschul-  
145 dung der Stadt und ihrer Unternehmen. Verlässliche öffentliche Finanzen sind ein  
146 Standortfaktor. Wir wollen die Verwaltung effizienter führen, z.B. durch die Zu-  
147 sammenlegung von Wirtschafts- und Verkehrsbehörde.

#### 148 **IV. Wahlaufufruf**

149 Die notwendigen Richtungsentscheidungen liegen jetzt in den Händen der Bürgerin-  
150 nen und Bürger. Wir Freie Demokraten bitten die Hamburgerinnen und Hamburger  
151 um ihr Vertrauen bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag und zur Hamburgischen  
152 Bürgerschaft, damit unsere Bewerberinnen und Bewerber die notwendigen Reform-  
153 projekte in Berlin und Hamburg verantwortungsvoll angehen können. Als Freie De-  
154 mokraten stehen wir bereit, Verantwortung in Berlin und Hamburg zu übernehmen.

**Wahlprogramm: [fdphamburg.de/wahlprogramm](https://fdphamburg.de/wahlprogramm)**